

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 26/2021

1. Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ergänzende Bekanntmachung des Landeswahlleiters über die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 vom 15. Juni 2021 806

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Ausbildung der Bergbaubeflissenen und Beflissenen des Markscheidefachs (VwV Beflissenen-ausbildung) vom 1. Juni 2021 807

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über den „Sächsischen Integrationspreis 2021“ der Sächsischen Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und des Sächsischen Ausländerbeauftragten vom 14. Juni 2021 814

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modellvorhaben „Regionale Koordinatoren/-innen gesundheitliche Versorgung“ vom 14. Juni 2021 815

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Allgemeinverfügung zur Nutzung des Programms „BUBE-Online“ bei der Übermittlung des Berichts für das Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister Az.: 51-8402/17/11 vom 10. Juni 2021 817

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Erzeugung von Strom und Wärme der Firma Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH am Standort Am Sportforum 20, 04105 Leipzig Gz.: 44-8431/2090/4 vom 17. Juni 2021 819

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Milchvieh- und Biogaserzeugungsanlage der Firma Agrargenossenschaft e. G. Reichenbach am Standort Rotschau Gz.: 44-8431/2366/4 vom 14. Juni 2021 821

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten der Firma WRC World Resources Company GmbH am Standort Wurzen – Auslegung des Antrages und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2425 vom 16. Juni 2021 823

Andere Behörden und Körperschaften

Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs (Gebührensatzung eIKA) vom 26. April 2021 825

Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) über die Benutzung des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs (Benutzungssatzung eIKA) vom 26. April 2021 827

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Ergänzende Bekanntmachung
des Landeswahlleiters
über die Einreichung von Wahlvorschlägen
für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021
Vom 15. Juni 2021

In Ergänzung der Bekanntmachungen des Landeswahlleiters über die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 vom 15. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 2) und vom 5. Juni 2021 (SächsABl. S. 194) wird auf die angepassten Voraussetzungen für die Einreichung von Wahlvorschlägen hingewiesen.

Am 26. September 2021 findet die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Die Wahl ist nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1482) geändert worden ist, und der Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1376), die zuletzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, sowie der Verordnung über die Aufstellung von Wahlbewerbern und die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen

für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie (COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung) vom 28. Januar 2021 (BGBl. I S. 115) vorzubereiten und durchzuführen.

Aufgrund der Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie wurden die formalen Anforderungen für die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag durch Einfügung von § 52a des Bundeswahlgesetzes abgesenkt. Gegenüber den Angaben in § 20 Absatz 2 und 3 und § 27 Absatz 1 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes sowie § 34 Absatz 4 Satz 1 und § 39 Absatz 3 Satz 1 der Bundeswahlordnung ist deshalb jeweils noch ein Viertel der bisherigen Anzahl an Unterstützungsunterschriften erforderlich.

Ergänzend zu Punkt 2.2.3 und 2.2.4 Nr. 4 der Bekanntmachung von 15. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 2, 3) wird darauf hingewiesen, dass anstelle der dort benannten Zahl von 2 000 jeweils die Zahl 500 maßgeblich ist.

Kamenz, den 15. Juni 2021

Martin Richter
Landeswahlleiter

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Ausbildung der Bergbaubeflissenen und Beflissenen des Markscheidefachs (VwV Beflissenenenausbildung)

Vom 1. Juni 2021

I. Ziel der Ausbildung

1. Die Ausbildung hat zum Ziel, den Bergbaubeflissenen bergmännische Befähigungen, Fertigkeiten und Kenntnisse und den Beflissenen des Markscheidefachs zusätzlich markscheiderische Befähigungen, Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln. Der ordnungsgemäße Abschluss der Beflissenenenausbildung ist Voraussetzung für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst für die zweite Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Naturwissenschaft und Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt technischer Verwaltungsdienst für Aufgaben im Bergfach und Markscheidefach.
2. Durch eine planmäßig wechselnde Beschäftigung in verschiedenen Bereichen sollen die Beflissenen Gelegenheit erhalten,
 - a) sich mit den bergmännischen Grundarbeiten durch eigene Ausübung vertraut zu machen,
 - b) den Bergbaubetrieb, seine geologischen Verhältnisse und die Bergtechnik aus eigener Anschauung kennen zu lernen,
 - c) Einblick in das Wesen ingenieurmäßiger Tätigkeit zu nehmen,
 - d) bergbaubezogene umwelt- und geotechnische Verfahren und Einrichtungen kennen zu lernen und
 - e) Kenntnisse über sicherheitstechnische Einrichtungen zu erwerben sowie arbeitssicherheitliches Bewusstsein zu entwickeln.
3. Beflissene des Markscheidefachs sollen darüber hinaus Gelegenheit erhalten, sich mit den markscheiderischen Grundarbeiten durch eigene Ausübung vertraut zu machen und den Aufgabenbereich einer Markscheiderei kennen zu lernen.

II. Annahme und Voraussetzungen

1. Zur Beflissenenenausbildung wird angenommen, wer ein Studium mit den Studieninhalten Bergbau oder Markscheidewesen oder einer ähnlich geeigneten technischen Studienrichtung aufgenommen oder bereits abgeschlossen hat. Dem Sächsischen Oberbergamt ist unter Angabe von Name, Vorname, Anschrift und Geburtsdatum eine Immatrikulationsbescheinigung vorzulegen. Die Annahme zur Beflissenenenausbildung ist auch vor Aufnahme des Studiums möglich, die Im-

matrikulationsbescheinigung ist dann umgehend nach Studienbeginn nachzureichen.

2. Sind die Annahmeveraussetzungen erfüllt, so nimmt das Sächsische Oberbergamt die Bewerber in das Verzeichnis der Beflissenen auf und teilt ihnen dies schriftlich mit.
3. Die Annahme begründet kein Arbeitsverhältnis zwischen den Beflissenen und dem Sächsischen Oberbergamt und keinen Anspruch auf eine spätere Verwendung im öffentlichen Dienst.

III. Umfang und Einteilung der Ausbildung

1. Die Ausbildung umfasst 200 Schichten. Sie ist unterteilt in
 - a) die Grundausbildung (120 Schichten) und
 - b) die weiterführende Ausbildung (80 Schichten).
2. Grundausbildung
 - a) Während der Grundausbildung sollen die Beflissenen mindestens zwei Bergbauzweige kennen lernen. Die Grundausbildung kann in mehreren Einzelabschnitten zu mindestens 20 Schichten Dauer durchgeführt werden. Es wird empfohlen, 40 Schichten möglichst ungeteilt vor dem Studium abzuleisten. Die Beflissenen des Markscheidefachs haben während der Grundausbildung mindestens 30 markscheiderische Schichten zu verfahren.
 - b) Mindestens 40 Schichten der Grundausbildung sind in einem untertägigen Betrieb abzuleisten.
3. Weiterführende Ausbildung
 - a) Die weiterführende Ausbildung kann in zwei Einzelabschnitten von mindestens 20 Schichten Dauer abgeleistet werden. Ein Einzelabschnitt kann als Praktikum in einer Bergbehörde durchgeführt werden.
 - b) Während der weiterführenden Ausbildung sollen die Bergbaubeflissenen und die Beflissenen des Markscheidefachs
 - aa) in einem Bergbauzweig oder artverwandten Bereich tätig werden, den sie in der Grundausbildung noch nicht kennen gelernt haben,
 - bb) Einblick in die Tagesanlagen eines Bergbaubetriebes erhalten,
 - cc) Kenntnisse über sicherheitstechnische Einrichtungen eines Bergbaubetriebes erwerben und

- in die Aufgaben des arbeitssicherheitlichen Dienstes eingeführt werden,
- dd) Einblick in die technische Verwaltung eines Bergbaubetriebes (zum Beispiel Betriebsüberwachung, Genehmigungsplanung, Technische Planung, Markscheideri) nehmen,
- ee) bergbaubezogene umwelttechnische Verfahren und Einrichtungen kennen lernen und
- ff) Einblick in die bergbehördliche Tätigkeit erhalten. Mögliche Inhalte des Praktikums sind, Abläufe von Verwaltungsverfahren kennen zu lernen und Kenntnis von den Aufgaben bei der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens, den Aufgaben der Bergaufsicht im aktiven Bergbau und im Altbergbau, der Bearbeitung von Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange (TÖB) und den Aufgaben im Markscheidewesen und Berechtigtenswesen zu erhalten.

Die Beflissenen des Markscheidefachs sollen außerdem

- gg) Grundlagen markscheiderischer Arbeiten und ihre Auswertung kennen lernen,
- hh) an markscheiderischen Messungen und Aufnahmen sowie an deren rechnerischer und zeichnerischer Auswertung unter Verwendung von CAD- und Geoinformationssystemen teilnehmen,
- ii) einfache markscheiderische Arbeiten ausführen und an schwierigen Arbeiten in der Markscheideri eines Bergbaubetriebes mitwirken,
- jj) Kenntnisse in den Gebieten der Bergschadensbearbeitung, Lagerstättenbearbeitung und Betriebsplanverfahren erwerben und
- kk) bergbaubezogene umwelttechnische Verfahren und Einrichtungen kennen lernen.

Die Ausbildung der Beflissenen des Markscheidefachs hat in der Markscheideri eines Bergbaubetriebes, die von einer Markscheiderin oder einem Markscheider geführt wird oder in einem entsprechend qualifizierten Ingenieurbüro zu erfolgen.

4. Während ihrer Grundausbildung haben Beflissene fünf Belehrungsschichten zu verfahren, die Markscheidebeflissenen davon zwei markscheiderische Belehrungsschichten. Belehrungsschichten sollen einen einführenden Überblick über den Ausbildungsbetrieb geben. Dazu gehört das Befahren und Besichtigen von lehrreichen Betriebsabteilungen und -anlagen des Ausbildungsbetriebes und die Mitwirkung an lehrreichen Einzelarbeiten, welche die Beflissenen bei ihrer Ausbildung sonst nicht kennen lernen.
5. Für Ausbildungsabschnitte in anderen Bundesländern haben Beflissene eigenverantwortlich zwei Wochen vor Beginn des Ausbildungsabschnittes diesen bei der jeweils zuständigen Bergbehörde anzuzeigen.

IV.

Geeignete Ausbildungsbetriebe und Ausbildung im Ausland

1. Für die Ausbildung sind Bergbaubetriebe oder Betriebe mit einem bergbaulichen oder vermessungstechnischen Tätigkeitsfeld oder Behörden auszuwählen, die die Ausbildungsinhalte nach Ziffer III vermitteln können. Zur Eignung von Betrieben für die Beflissenenausbildung

erteilt das Sächsische Oberbergamt auf Anfrage Auskunft.

2. Teile der Ausbildung können im ausländischen Bergbau abgeleistet werden, wenn die Tätigkeiten mit den Anforderungen der Beflissenenausbildung vereinbar sind.
3. Dem Sächsischen Oberbergamt bleibt vorbehalten, Ausbildungsabschnitte, die keine Ausbildung im Sinne der Ziffern I und III gewährleisten können nicht für die Beflissenenausbildung anzuerkennen.

V.

Berufspraktische Tätigkeiten

Berufspraktische Zeiten können auf die Schichten der Grund- oder weiterführenden Ausbildung angerechnet werden, wenn sie die Anforderungen nach Ziffer III Nummer 2, Nummer 3 oder Nummer 4 erfüllen.

VI.

Schichtennachweis

1. Die Beflissenen haben während der gesamten Ausbildung einen Schichtennachweis nach Anlage 1 zu führen. Belehrungsschichten sind im Schichtennachweis besonders zu vermerken.
2. Der Schichtennachweis ist der für den jeweiligen Ausbildungsabschnitt zuständigen verantwortlichen Person des Ausbildungsbetriebes zur Bestätigung vorzulegen. Die Bestätigung soll durch eine kurze verbale Beurteilung ergänzt werden.
3. Bei Schichtenversäumnissen aus Gründen, die von den Beflissenen nicht zu vertreten sind (zum Beispiel bei Unfall oder Krankheit), können auf Nachweis die Fehlzeiten bis zu fünf Schichten angerechnet werden.

VII.

Bescheinigung

1. Auf Antrag, dem die Schichtennachweise beizufügen sind, erteilt das Sächsische Oberbergamt nach Prüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung von Ausbildungsabschnitten eine Bescheinigung über die ordnungsgemäße Durchführung der Beflissenenausbildung (Anlage 2).
2. Das Sächsische Oberbergamt kann die Bescheinigung versagen, wenn die Ausbildungsabschnitte nicht den Anforderungen nach Ziffer I in Verbindung mit Ziffer III genügen.
Der Beflissene hat die Möglichkeit, die für den Abschluss der Beflissenenausbildung erforderlichen Ausbildungsabschnitte nachzuholen und die Bescheinigung unter Vorlage der Schichtennachweise erneut zu beantragen.
3. Bei Anrechnung berufspraktischer Zeiten nach Ziffer V sowie Schichten in ausländischen Betrieben nach Ziffer IV Nummer 2 kann das Sächsische Oberbergamt geeignete Nachweise nachfordern, wenn keine Schichtennachweise nach Ziffer VI Nummer 1 vorgelegt werden.
4. Nachweise zu Schichten in ausländischen Betrieben können in der Landessprache mit deutscher Übersetzung eingereicht werden.

VIII.

Verzeichnis der Beflissenen

1. Um die Ausbildung durchzuführen, führt das Sächsische Oberbergamt für die Dauer der Ausbildung ein Verzeichnis der Beflissenen, das die Daten nach Ziffer II Nummer 1 enthält. Nach Erteilung der Bescheinigung nach Ziffer VII Nummer 1 wird das Verzeichnis um diese Bescheinigung ergänzt.
2. Beflissene werden zwei Jahre nach Erteilung der Bescheinigung nach Ziffer VII Nummer 1 aus dem Verzeichnis gestrichen. Aus dem Verzeichnis gestrichen wird auch, wenn
 - a) Beflissene dies bei dem Sächsischen Oberbergamt beantragen oder
 - b) sieben Jahre nach Annahme als Beflissener keine Bescheinigung nach Ziffer VII Nummer 1 beantragt wurde.Die Streichung wird den Beflissenen schriftlich mitgeteilt.
3. Die endgültige Löschung der archivierten Unterlagen erfolgt mit Ablauf des zehnten Kalenderjahres, in dem die Streichung entsprechend Nummer 2 erfolgte.

IX.

Übergangsregelung

Beflissene, die sich bei Inkrafttreten dieser Bestimmungen in der Ausbildung befinden, beenden diese entsprechend der VwV Beflissenenausbildung vom 4. Mai 2009 (SächsABl. S. 885), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2019 (SächsABl. SDr. S. S 398).

X.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

1. Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die VwV Beflissenenausbildung vom 4. Mai 2009 (SächsABl. S. 885), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2019 (SächsABl. SDr. S. S 398), außer Kraft.

Dresden, den 1. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig
Staatsminister

Anlage 1 (zu Ziffer VI Nummer 1)
Anlage 2 (zu Ziffer VII Nummer 1)

Anlage 1

(zu Ziffer VI Nummer 1)

Schichtennachweis (eine Woche) für Bergbaubeflissene

Name der oder des Beflissenen:

Bergbaubetrieb:			
Grundausbildung <input type="checkbox"/>		weiterführende Ausbildung <input type="checkbox"/>	
Datum	Arbeits- schichten	Art / Ort der Beschäftigung	Wochenbericht
			<p><i>Die Berichte beschreiben die wöchentlichen Arbeitsverfahren und -vorgänge, geologische Gegebenheiten und weitere Erfahrungen, die der Beflissene während seines Ausbildungsabschnittes gemacht hat. Die Berichte sind durch Zahlen, Bilder oder Skizzen (auch handgefertigt) zu ergänzen.</i></p> <p><i>Gleichartige Tätigkeiten über mehr als eine Woche hinaus können zu einem Bericht zusammengefasst werden.</i></p> <p><i>Im Bericht können auch über die Tätigkeiten hinaus andere Bereiche des Unternehmens beschrieben werden.</i></p>
Gesamt- summe (letzte Seite)			Stempel und Unterschrift (Verantwortlicher im Unternehmen)

Schichtennachweis (eine Woche) für Beflissene des Markscheidefachs
 Name der oder des Beflissenen:

Bergbaubetrieb:				
Grundausbildung <input type="checkbox"/>		weiterführende Ausbildung <input type="checkbox"/>		
Datum	Arbeitsschichten		Art / Ort der Beschäftigung	Wochenbericht
	Berg- männisch	Mark- scheiderisch		
				<p><i>Die Berichte beschreiben die wöchentlichen Arbeitsverfahren und -vorgänge, geologische Gegebenheiten und weitere Erfahrungen, die der Beflissene während seines Ausbildungsabschnittes gemacht hat. Die Berichte sind durch Zahlen, Bilder oder Skizzen (auch handgefertigt) zu ergänzen.</i></p> <p><i>Gleichartige Tätigkeiten über mehr als eine Woche hinaus können zu einem Bericht zusammengefasst werden.</i></p> <p><i>Im Bericht können auch über die Tätigkeiten hinaus andere Bereiche des Unternehmens beschrieben werden.</i></p>
Gesamt summe (letzte Seite)				Stempel und Unterschrift (Verantwortlicher im Unternehmen)



Anlage 2
(zu Ziffer VII Nummer 1)

Abschlussbescheinigung

über die ordnungsgemäße Ableistung der Ausbildung als Bergbaubeflissene/Bergbaubeflissener

Nach Ziffer VII Nummer 1 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatministeriums für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Ausbildung der Bergbaubeflissenen und Beflissenen des
Markscheidefachs
(VwV Beflissenenenausbildung)
vom xxxxxxxx Sächsisches Amtsblatt S. xxx ff.) wird hiermit bescheinigt, dass

Herr/Frau *Vorname* *Zuname*
geboren am in
wohnhaft in

die Ausbildung als Bergbaubeflissene/Bergbaubeflissener ordnungsgemäß absolviert hat.

Durchgeführte Ausbildungsabschnitte:

Grundausbildung:

Datum *Bergbaubetrieb*

...

Weiterführende Ausbildung:

Datum *Bergbaubetrieb*

...

Sächsisches Oberbergamt
Kirchgasse 11
09599 Freiberg, den *Datum*

Referatsleiter



Abschlussbescheinigung

über die ordnungsgemäße Ableistung der Ausbildung als Beflissene/Beflissener des Markscheidefachs

Nach Ziffer VII Nummer 1 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatministeriums für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Ausbildung der Bergbaubeflissenen und Beflissenen des
Markscheidefachs

(VwV Beflissenenausbildung)

vom ~~XXXXXXXX~~ Sächsisches Amtsblatt S. ~~XXX~~ ff.) wird hiermit bescheinigt, dass

Herr/Frau *Vorname Zuname*
geboren am in
wohnhaft in

die Ausbildung als Beflissene/Beflissener des Markscheidefachs ordnungsgemäß absolviert hat.

Durchgeführte Ausbildungsabschnitte:

Grundausbildung:

Datum *Bergbaubetrieb*

...

Weiterführende Ausbildung:

Datum *Bergbaubetrieb*

...

Sächsisches Oberbergamt
Kirchgasse 11
09599 Freiberg, den *Datum*

Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über den „Sächsischen Integrationspreis 2021“ der Sächsischen Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und des Sächsischen Ausländerbeauftragten

Vom 14. Juni 2021

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, und der Sächsische Ausländerbeauftragte, Geert Mackenroth, zeichnen auch in diesem Jahr drei Projekte und Initiativen aus, die sich für Integration in Sachsen einsetzen, sie fördern oder betreiben. Schwerpunkt des aktuellen Wettbewerbes sind Projekte, die unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie kreative und stabile Lösungen anbieten konnten. Herausragende, effektive und langjährige Arbeit soll gewürdigt und sichtbar gemacht werden. Die Projekte sollen zur Nachnutzung anregen.

Einzelpersonen, Vereine und Initiativen aus Sachsen dürfen sich bewerben oder von Dritten vorgeschlagen werden. Die Initiative oder das Projekt, auf das sich die Bewerbung bezieht, sollte aktuell sein (2020/2021).

Für den Sächsischen Integrationspreis stehen insgesamt 9 000 Euro zur Verfügung. Er wird auf drei Preise zu je 3 000 Euro verteilt. Alle Bewerber werden durch professionelle Pressearbeit und eine Broschüre bekannt gemacht.

Die Gewinner werden von einer Jury ausgewählt, deren Mitglieder verschiedene Perspektiven einbringen. Den Vorsitz führen die Staatsministerin für Soziales und Gesell-

schaftlichen Zusammenhalt und der Sächsische Ausländerbeauftragte gemeinsam.

Die drei Preisträger sollen am 22. November 2021 im Plenarsaal des Sächsischen Landtags ausgezeichnet werden. Zur Preisverleihung sind alle Bewerber herzlich eingeladen. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler.

Teilnahmebedingungen und Regularien sind unter www.saechsischer-integrationspreis.de aufgeführt.

Bewerbungen und Vorschläge sind über diese Internetseite oder über den Postweg

Der Sächsische Ausländerbeauftragte
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kennwort: Integrationspreis

bis zum Einsendeschluss am 30. September 2021 einzureichen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Dresden, den 14. Juni 2021

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Der Sächsische Ausländerbeauftragte
Geert Mackenroth
Staatsminister a. D.

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modellvorhaben „Regionale Koordinatoren/-innen gesundheitliche Versorgung“

Vom 14. Juni 2021

I. Rechtsgrundlagen

Die Förderung des Modellvorhabens „Regionale Koordinatoren/-innen gesundheitliche Versorgung“ erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Förderung der Gesundheit, Prävention, Beratung sowie Hospiz- und Palliativversorgung (RL Gesundheit und Versorgung) vom 16. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. S 54), Teil 1 und Teil 2, Großbuchstabe E (Modellvorhaben).

Das Gemeinsame Landesgremium nach § 90a Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444) geändert worden ist, im Freistaat Sachsen, ein Gremium aus Vertretern der Verbände der Kranken- und Ersatzkassen im Freistaat Sachsen, der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, der Krankenhausgesellschaft Sachsen, der Sächsischen Landesärztekammer, der Patientenvertreter und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, unterstützt die Entwicklung von Lösungen für die Optimierung der medizinischen Versorgung an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Das Gemeinsame Landesgremium kann hierzu Empfehlungen abgeben. Dabei sollen innovative und zukunftssteife Versorgungsansätze erprobt werden, die geeignet sind, die medizinische Versorgung in Zukunft wohnortnah und qualitativ hochwertig zu gewährleisten. Dazu gehören auch innovative Koordinationsmöglichkeiten im Zusammenspiel von Digitalisierung und Mobilität.

Von 2018 bis 2020 wurde in zwei Modellregionen – Mittelbereich Marienberg im Erzgebirgskreis und Mittelbereich Weißwasser im Landkreis Görlitz – der Einsatz regionaler Koordinatoren/-innen erstmals erprobt. Diese wurden durch das Gemeinsame Landesgremium finanziert. Die Mitglieder des Gemeinsamen Landesgremiums haben in ihrer 11. Sitzung am 10. Juli 2020 mit ihrem Beschluss die Empfehlung abgegeben, die in den Modellvorhaben in den Mittelbereichen Marienberg und Weißwasser erprobten „Regionalen Koordinatoren/-innen“ in der medizinischen Versorgung auf den gesamten Freistaat Sachsen auszurollen und allen Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit einzuräumen, „Regionale Koordinatoren/-innen“ in der medizinischen Versorgung modellhaft zu erproben. Dafür soll eine Förderung befristet bis zum 31. Dezember 2021 erfolgen. Soweit die Sächsische Kommunalpauschalenverordnung vom 2. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 67) nicht bis zum 31. Dezember 2021 außer Kraft tritt, kann die Förderung über den 31. Dezember 2021 hinaus ein weiteres Jahr verlängert werden.

Im Rahmen des Modellvorhabens „Regionale Koordinatoren/-innen gesundheitliche Versorgung“ ist beabsichtigt, mit Unterstützung eines/r regionalen Koordinators/-in

Netzwerke zwischen Hausärzten, Fachärzten, Einrichtungen der Altenhilfe und Kliniken zu etablieren, welche eine wesentliche Grundlage für ein sektorenübergreifendes Handeln sein sollen. Besonderes Augenmerk soll auf die Förderung des Nachwuchses im medizinischen Bereich und an der Schnittstelle zum pflegerischen Bereich in allen Regionen des Freistaates Sachsen gelegt werden.

II. Zuwendungszweck

Durch den Einsatz „Regionaler Koordinatoren/-innen gesundheitliche Versorgung“ soll der Aufbau und die Weiterentwicklung eines regionalen Netzwerkes zur Entwicklung nachhaltiger Strukturen für eine langfristige und zukunftssteife Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis oder der kreisfreien Stadt erreicht werden. Diese Modelle sollen perspektivisch nicht nur übergangsweise, sondern dauerhaft die medizinische Versorgung einer Region nachhaltig verbessern, den Versorgungsgrad stabilisieren, Unterversorgung vermeiden beziehungsweise abhelfen und die Etablierung telematischer Strukturen zwischen den Einrichtungen der Altenhilfe und insbesondere den Hausärzten unterstützen beziehungsweise fortführen. Sie unterstützen die Entwicklung ambulant-stationärer Gesundheitszentren insbesondere im ländlichen Raum und sind für das Gemeinsame Landesgremium ständige Ansprechpartner in den Regionen.

III. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Landkreise und die kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen.

IV. Zuwendungsvoraussetzungen

Mit der Antragstellung ist ein Konzept mit folgenden Mindestinhalten vorzulegen:

- detaillierte Stellenbeschreibung für die „Regionalen Koordinatoren/-innen gesundheitliche Versorgung“,
- Darstellung der Ausgangssituation, der Bedarfslage sowie der Zielsetzung des Modells einschließlich des vorhabenspezifischen Ansatzes,
- Zeitplan des Vorhabens,
- Finanzierungsplan mit Fremd- und Eigenmittelanteil,
- Aussagen über die beabsichtigte Umsetzung in Form einer Stellungnahme, ob und inwieweit eine Überleitung des Modells nach Abschluss des Vorhabens und dessen weitere Finanzierung über 2021 hinaus vorstellbar ist sowie
- Aussagen über die beabsichtigte Veröffentlichung der Ergebnisse in geeigneter Form.

Die Gewährung einer Zuwendung wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Zuwendungsempfänger mit dem eingesetzten Personal bereits ein nicht der Ausführung zuzurechnendes Arbeitsverhältnis begründet hat.

Ein Zusammenwirken mit dem Netzwerk „Ärzte für Sachsen“ und den Weiterbildungsverbünden ist erforderlich und erwünscht.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Festbetragsfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

Zuwendungsfähig sind vorhabenbezogene Personalausgaben. Als zuwendungsfähige Personalausgaben werden Pauschalsätze gemäß Teil 2, Großbuchstabe E, Ziffer V Nummer 5 der RL Gesundheit und Versorgung bis höchstens der Entgeltgruppe 11, Endstufe 6 angesetzt, analog auch TVöD. Bei einer Vergütung in einer geringeren Entgeltgruppe beziehungsweise Einstufung, bei einer Teilzeitkraft sowie keiner ganzjährigen Beschäftigung vermindern sich die Pauschalsätze entsprechend.

VI.

Verfahren

Die Gewährung der Zuwendung erfolgt erst nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022). Sie steht unter dem Vorbehalt der Feststellung des Haushaltsansatzes und der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln in ausreichender Höhe.

Anträge zum Fördergegenstand E (Modellvorhaben) müssen bis zum 30. September 2021 bei der Bewilligungsbehörde, der Landesdirektion Sachsen, eingereicht werden.

Der Bewilligungszeitraum endet spätestens am 31. Dezember 2021. Soweit die Sächsische Kommunalpauschalenverordnung vom 2. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 67) nicht bis zum 31. Dezember 2021 außer Kraft tritt, kann die Förderung über den 31. Dezember 2021 hinaus auf Antrag ein weiteres Jahr verlängert werden.

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, jährlich mindestens einen detaillierten Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Das weitere zuwendungsrechtliche Antrags- und Bewilligungsverfahren ergibt sich aus Teil 1 und Teil 2, Buchstabe E (Modellvorhaben), der RL Gesundheit und Versorgung.

Dresden, den 14. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales
und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Andrea Keßler
Referatsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Allgemeinverfügung zur Nutzung des Programms „BUBE-Online“ bei der Übermittlung des Berichts für das Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister

Az.: 51-8402/17/11

Vom 10. Juni 2021

Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft erlässt folgende Allgemeinverfügung (Aktenzeichen 51-8402/17/11):

Die Betreiber der Betriebseinrichtungen erhalten die Zugangskennung für das Programm „BUBE-Online“ bei der für ihre Betriebseinrichtung zuständigen Behörde.

I.

1. Zur Übermittlung des Berichts nach § 3 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 vom 6. Juni 2007 (BGBl. I S. 1002), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, ist das Programm „BUBE-Online“ unter www.bube.bund.de zu nutzen.
2. Die Allgemeinverfügung gilt einen Tag nach der Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt als bekannt gegeben.

Zuständige Behörden sind entweder die Landkreise und kreisfreien Städte (§ 1 Absatz 2 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zu Vorschriften über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister – SächsSRVAG), das Sächsische Oberbergamt (§ 1 Absatz 2 der Sächsischen Schadstoffregister-Zuständigkeitsverordnung) oder die Landesdirektion Sachsen (§ 1 Absatz 1 der Sächsischen Schadstoffregister-Zuständigkeitsverordnung). Danach ist die jeweilige Immissionsschutzbehörde für die Entgegennahme der Information zuständig, sofern auch nach immissionsschutzrechtlichen Vorschriften Freisetzungsdaten von Schadstoffen in die Luft übermittelt werden müssen. Ansonsten ist bei Freisetzung von Schadstoffen in das Wasser oder Abwasser die jeweilige Wasserbehörde und bei Freisetzung von Schadstoffen in den Boden sowie bei der Verbringung außerhalb des Standortes, auch grenzüberschreitend, von Abfällen die jeweilige Bodenschutz- beziehungsweise Abfallbehörde zuständig.

II.

Die zuständige Behörde kann nach § 3 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister vorschreiben, dass die Betreiber von Betriebseinrichtungen im Sinne des Artikels 2 Nummern 3 und 4 der Verordnung (EG) Nummer 166/2006 ein festgelegtes elektronisches Format für die Übermittlung des Berichts zu benutzen haben. Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft ist gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes für die Festlegung zuständig.

Die Datenerfassungssoftware zur betrieblichen Umweltberichterstattung „BUBE-Online“ wird bundeseinheitlich als Anwendungssystem zur Erfassung, Prüfung und Weitergabe der Berichtsdaten für die oben genannten Betriebseinrichtungen eingesetzt.

Sofern die zuständige Behörde nicht bekannt ist oder Zugangsschwierigkeiten zu BUBE-Online auftreten, kann das sächsische BUBE-Systempostfach (prtr.lfulg@smul.sachsen.de) kontaktiert werden.

Zur Software gelangen die Betreiber über die Seite www.bube.bund.de. Dort stehen auch Hinweise zum Umgang mit BUBE-Online bereit.

Die Allgemeinverfügung kann zu den Geschäftszeiten des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden, Referat 51 eingesehen werden. Es wird gebeten, sich unter der Telefonnummer 0351 564-25120 oder 0351 564-25101 anzumelden.

Der Inhalt dieser Allgemeinverfügung ist zusätzlich im Internet unter <https://www.luft.sachsen.de/berichtspflichten-und-das-pollutant-release-and-transfer-register-prtr-14621.html> abrufbar.

III.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Dresden
Hans-Oster-Straße 4
01099 Dresden
erhoben werden.

Die Klage kann schriftlich, in elektronischer Form – nach Maßgabe der Elektronischen-Rechtsverkehrs-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803), die durch die Verordnung vom 9. Februar 2018 (BGBl. I S. 200) geändert worden ist – oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes erhoben werden.

Dresden, den 10. Juni 2012

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Dr. Hartmut Schwarze
Abteilungsleiter

Dr. Stefan Seiffert
In Vertretung des Abteilungsleiters

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Erzeugung von Strom und Wärme der Firma Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH am Standort Am Sportforum 20, 04105 Leipzig

Gz.: 44-8431/2090/4

Vom 17. Juni 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH in 04103 Leipzig, Johannisgasse 7–9, mit Datum vom 25. Februar 2021 gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Erzeugung von Strom und Wärme am Standort Am Sportforum 20, 04105 Leipzig, mit folgendem verfügenden Teil, erteilt:

- 1.1 Der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Johannisgasse 7–9, 04103 Leipzig wird auf den Antrag vom 12. Februar 2019, zuletzt ergänzt am 16. Oktober 2020 gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die

immissionsschutzrechtliche Genehmigung

für die wesentliche Änderung der Anlage zur Erzeugung von Strom und Wärme durch die Errichtung und den Betrieb eines 5. Blockheizkraftwerk-Moduls (BHKW-Modul, Mager-Gasmotor MTU BR400¹ Typ MTU 12V400 GS²) mit einer Feuerungswärmeleistung von 999 kW in Modulbauweise, Errichtung einer Schornsteinanlage auf der Fundamentplatte, Wanddurchbruch in das bestehende Betriebsgebäude und Erstellen einer Rohrtrasse zur Verlegung der Heizleitungen am Standort Am Sportforum 20, 04105 Leipzig, Gemarkung Möckern, Flurstücke 280/1 und 280/3 erteilt.

Bei dieser Anlage handelt es sich um eine Anlage nach Nummer 1.2.2.2 V des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

- 1.2 Die Genehmigung umfasst folgende Antragsgegenstände:

- Errichtung und Betrieb eines zusätzlichen BHKW (BHKW 5, BHKW Containeraggregat BR 400 mit aufgeladenem Mager-Otto Gasmotor MTU BR 400, Typ 12V400 GS) zur Klärgasverwertung mit einer Feuerungswärmeleistung von 999 kW (+/- 8%) und einem Oxidationskatalysator in Modulbauweise

- Nachrüstung von Oxidationskatalysatoren an den vorhandenen vier BHKW
- Errichtung eines neuen Schornsteins neben dem Container für BHKW 5

Die Feuerungswärmeleistung der BHKW-Anlage (bestehend aus BHKW 1–4 und dem neu hinzukommenden BHKW 5) erhöht sich unter Einbeziehung der maximalen Toleranz von 3,882 MW auf max. 4,961 MW.

Das beantragte Vorhaben schließt die Neuerrichtung folgender Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ein.

Anlage	Stoff	Menge in m ³	Maßgebende WGK	Aggregatzustand	Gefährdungsstufe ³
Container mit BHKW-Modul	Frischöl für Gasmotoren, Altöl	1,44	3	flüssig	C
Gemischkühlkreislauf NT	Kühlmittel (Glykol-Wasser-Gemisch)	0,025	1	flüssig	A

- 1.3 Diese Genehmigung schließt gemäß § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die Baugenehmigung nach § 68 der Sächsischen Bauordnung und alle erforderlichen naturschutzrechtlichen Entscheidungen ein und ersetzt insbesondere die Erlaubnis nach § 5 Absatz 2 Nummer 1 der Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Leipziger Auwald“ vom 8. Juni 1998 zur Errichtung der hier genehmigten baulichen Anlagen in diesem Landschaftsschutzgebiet.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in

¹ Angabe nach Antragsunterlage „Technische Beschreibung BHKW Containeraggregat BR 400“ der MTU Onsite Energy GmbH

² Angabe nach vorgelegtem Technischen Datenblatt der MTU Onsite Energy GmbH

³ gemäß § 39 Absatz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Das Genehmigungsverfahren wurde gemäß § 16 Absatz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ohne öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens und ohne Auslegung des Antrags und der Unterlagen durchgeführt.

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 2. Juli 2021 bis einschließlich 16. Juli 2021

bei folgender Stelle zur Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden:

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Zimmer 402, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten

ten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail cornelia.reuter@lds.sachsen.de, Tel. 0341 9774432. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund- Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 7 in Verbindung mit § 16 Absatz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist als zugestellt. Die Rechtsbehelfsbelehrung des Genehmigungsbescheides gilt entsprechend.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Leipzig, den 17. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung
einer Milchvieh- und Biogaserzeugungsanlage
der Firma Agrargenossenschaft e. G. Reichenbach
am Standort Rotschau**

Gz.: 44-8431/2366/4

Vom 14. Juni 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat der Agrargenossenschaft e.G. Reichenbach in 08468 Heinsdorfergrund, Feldstraße 2, mit Datum vom 14. Juni 2021 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb zur wesentlichen Änderung der Milchvieh- und Biogaserzeugungsanlage am Standort Rotschau, mit folgendem verfügenden Teil, erteilt.

- „1. Die Firma Agrargenossenschaft e.G. Reichenbach, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Lars Bittermann, erhält auf ihren Antrag mit Posteingang vom 4. November 2020 gemäß § 16 i. V. m. §§ 6 und 10 BImSchG in Verbindung mit §§ 1 und 2 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV) und der Nrn. 8.6.3.1, 7.1.5, 1.2.2.2, 9.1.1.1 und 9.36 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der bestehenden Rinder- und Biogaserzeugungsanlage am Standort in 08468 Reichenbach, Alte Lengenfelder Straße, Gemarkung Rotschau, Flurstücke Nrn. 111/13, 111/15, 111/16, 111/18, 111/19, 111/21, 111/22, 111/29, 111/32 und 111/35.
2. Für die Realisierung des Vorhabens sind im Wesentlichen folgende Maßnahmen geplant:
 - Verringerung der Baugröße der immissionsschutzrechtlich genehmigten Halle zur Aufbereitung für Wirtschaftsdünger im Sinne der Verkleinerung des Lagerbereiches für festen Wirtschaftsdünger von bisher 1.381 m² brutto auf 425 m² brutto,
 - Änderung der Betriebsweise der Aufbereitungsanlage für Wirtschaftsdünger im Sinne eines zukünftig 12-monatigen Betriebs ohne Erhöhung der immissionsschutzrechtlich genehmigten Durchsatzleistung in Höhe von 63 000 Tonnen pro Jahr,
 - Vergrößerung der immissionsschutzrechtlich genehmigten Siloanlage 4 von bisher 3 250 m² brutto auf 7 400 m² brutto und Ausführung als Schlauchsilanlage anstatt eines 2-Kammer-Silos,
 - Errichtung eines zweiten Regenrückhaltebeckens und
 - Errichtung einer Überdachung südwestlich des immissionsschutzrechtlich genehmigten Milchvieh- und Jungrinderstalles 3.
3. Die Anlage ist nach den in Abschnitt B aufgeführten Antragsunterlagen, soweit in diesem Bescheid nichts Weitergehendes bestimmt ist, zu errichten und zu betreiben. Bei unterschiedlichen Angaben zwischen dem Antrag vom 4. November 2020 und den im Abschnitt B aufgezählten Nachlieferungen gelten die jeweiligen Angaben des Nachtrags mit dem jüngsten Datum.
4. Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung ergeht nach Maßgabe der in Abschnitt C genannten Nebenbestimmungen.
5. Wasserrechtliche Erlaubnisse oder Bewilligungen sind in dieser Genehmigung nicht enthalten.
6. Diese Genehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG folgende Entscheidungen mit ein:
 - Baugenehmigung für die unter A.2 dieses Bescheides aufgeführten Maßnahmen
 - Befreiung von den grünordnerischen Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Erweiterung Biogasanlage Alte Lengenfelder Straße“ gemäß § 31 Absatz 2 BauGB
 - wasserrechtliche Genehmigung zum Bau und Betrieb des Regenrückhaltebeckens 2 (RRB 2) gemäß § 55 Abs. 2 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG)
7. Diese Entscheidung ergeht unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen zur Durchsetzung fachlicher Vorschriften der das Änderungsvorhaben betreffenden Belange. Das gilt auch für die nach § 13 BImSchG eingeschlossenen Entscheidungen. Diese werden ebenfalls unter dem Vorbehalt nachträglicher Auflagen erteilt, wenn dies aus der weiteren Prüfung der Planung und der Bauüberwachung auf der Grundlage von Rechtsnormen erforderlich ist und einem zwingenden Schutzziel dient.
8. Die Inbetriebnahme der geänderten Anlage ist der Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Referat Immissionsschutz sowie der Abteilung Arbeitsschutz der Landesdirektion Sachsen, Außenstelle Chemnitz, Brückenstraße 10 in 09111 Chemnitz, mindestens 14 Tage vorher anzuzeigen.
9. Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Eintritt ihrer Bestandskraft die geänderte Anlage in Betrieb genommen worden ist.
10. Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin. Für diesen Bescheid werden Kosten in Höhe von 6.237 EUR festgesetzt. Die Kosten sind mit Ablauf des 9. Juli 2021 fällig und an die Deutsche Bundesbank
IBAN: DE22 8600 0000 0086 0015 22
BIC: MARK DEF1 860
unter Angabe des Buchungskennzeichens 0304.0179.8732 zu überweisen.“

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 2. Juli 2021 bis einschließlich 19. Juli 2021

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden:

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Zimmer 517, Altchemnitzer Straße 41 in 09120 Chemnitz,
Montag bis Donnerstag von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Unterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten:

Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt leben-

den Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, Telefonnummer 0371 5320, E-Mail: post@lds.sachsen.de. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit Covid-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Chemnitz, den 14. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage
zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten
der Firma WRC World Resources Company GmbH
am Standort Wurzen
– Auslegung des Antrages und der Unterlagen –**

Gz.: 44-8431/2425

Vom 16. Juni 2021

Die WRC World Resources Company GmbH in 04808 Wurzen, Industriestraße 7, beantragte mit Datum vom 22. Dezember 2020 die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, für die wesentliche Änderung der Anlage zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten am Standort 04808 Wurzen, Gemarkung Wurzen, Flurstücke 1585/13, 1585/22, 1679/8 und 1585/29. Die Anlage unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt nach § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist in Verbindung mit der Nummer 8.10.1.1 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

Die Änderung beinhaltet im Wesentlichen die Errichtung und den Betrieb einer neuen Zerkleinerungsanlage für Schlacken beziehungsweise zur Kompaktierung von Stäuben.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im Dezember 2021 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Es wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, 04107 Leipzig, Braustraße 2.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntma-

chung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

8. Juli 2021 bis einschließlich 9. August 2021

für jedermann zur Einsichtnahme bei folgenden Stellen aus:

1. Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Referat Immissionsschutz,
Zimmer 426, Braustraße 2 in 04107 Leipzig
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail daniela.adam@lds.sachsen.de, Tel. 0341/977 4433. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

2. Stadtverwaltung Wurzen, Fachbereich Service und Bauwesen, Zimmer 226, Friedrich-Ebert-Straße 2, 04808 Wurzen
Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Stadtverwaltung Wurzen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in

ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Zur Einsichtnahme in die Planunterlagen ist ein Termin zu vereinbaren. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Stadtverwaltung Wurzen, Service und Bauwesen, E-Mail: a.hamel@wurzen.de, Tel. 03425/8560163. Zu Ihrem Schutz müssen Ihr Name und Ihre Kontaktdaten erfasst werden. Zur Nachverfolgung von Infektionsketten werden diese dem zuständigen Gesundheitsamt auf Anforderung mitgeteilt. Ihre Daten werden spätestens zwei Wochen nach Ihrem Besuch vernichtet. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasen-Schutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom

8. Juli 2021 bis einschließlich 9. September 2021

schriftlich oder elektronisch bei einer der vorgenannten Stellen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lds.sachsen.de zu erfolgen. Es gilt das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind gemäß § 10 Absatz 3 Satz 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht

deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiber werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lds.sachsen.de/datenschutz.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der Erörterungstermin hiermit für den

4. Oktober 2021 ab 9:00 Uhr

im Plenarsaal in der Stadtverwaltung Wurzen, Friedrich-Ebert-Straße 2 in 04808 Wurzen bestimmt. Der Erörterungstermin ist öffentlich.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Der Wegfall des Erörterungstermins wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist bis zum Ende der Einwendungsfrist auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Leipzig, den 16. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs (Gebührensatzung eIKA)

Vom 26. April 2021

Sächsisches Kommunalabgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist

Auf Grund des § 10 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 5 Satz 2 des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 128), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 422) geändert worden ist sowie der §§ 2 und 9 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) am 26. April 2021 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenerhebung

(1) Die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung erhebt für die Benutzung des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs, in welchem die kommunalen Träger der Selbstverwaltung, deren Verbände sowie kommunale Stiftungen (Nutzungsberechtigte) nach Maßgabe der Benutzungssatzung eIKA elektronisches Archivgut archivieren können, Benutzungsgebühren.

(2) Die Höhe der Benutzungsgebühren bemisst sich nach dem Gebührenverzeichnis des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs der SAKD (Anlage). Dieses ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 Gebührensschuldner

- (1) Schuldner der Benutzungsgebühren ist derjenige,
1. der das sächsische elektronische Kommunalarchiv aufgrund eines Antrages als Nutzungsberechtigter benutzt oder
 2. der kraft Gesetzes für die Schuld eines Nutzungsberechtigten haftet.

(2) Haften mehrere für die Schuld eines Nutzungsberechtigten so haften sie als Gesamtschuldner.

§ 3 Entstehung und Fälligkeit

(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit Beginn des Benutzungsverhältnisses. Das Benutzungsverhältnis beginnt mit der Zulassung des Nutzungsberechtigten zu einem bestimmten Termin durch schriftlichen Bescheid und endet zu dem Zeitpunkt, der in einem Bescheid über die Beendigung des Benutzungsverhältnisses festgestellt wird.

(2) Die Gebührenschuld entsteht als Jahresbetrag jeweils zum 1. Januar eines Jahres für das Kalenderjahr und kann sich durch Leistungsanpassungen verändern. Beginnt das Benutzungsverhältnis zu einem späteren Zeitpunkt, entsteht die Gebührenschuld zu diesem Zeitpunkt und bemisst sich für dieses Jahr anteilig nach der Zahl der vollen Monate. Endet das Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Jahres, bemisst sich die Gebührenschuld für dieses Jahr anteilig nach der Zahl der vollen Monate.

(3) Zu Beginn des Kalenderjahres ergeht ein Gebührenbescheid. Die Gebühren werden zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeweils zu einem Viertel des Jahresbetrages zur Zahlung fällig. In den Fällen von Absatz 2 Satz 2 und 3 sowie auf Antrag des Nutzungsberechtigten können durch Bescheid abweichende Anteile und Fälligkeiten bestimmt werden. Der Erlass weiterer Bescheide zur Änderung der Gebührenschuld bleibt unberührt.

§ 4 Inkrafttreten, Schlussbestimmung

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bischofswerda, den 26. April 2021

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
Emanuel
Vorsitzender des Verwaltungsrates

**Gebührenverzeichnis
des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs der SAKD
vom 26. April 2021**

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand ¹	Jährliche Gebühr in EUR
1	Nutzung des eIKA durch Kreisfreie Städte in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl: – Leipzig (100 GB) – Dresden (100 GB) – Chemnitz (100 GB)	167.000 158.340 77.300
2	Nutzung des eIKA durch Landkreise (100 GB)	55.000
3	Nutzung des eIKA durch kreisangehörige Städte und Gemeinden in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl: – Stadt/Gemeinde über 50.000 EW (50 GB) – Stadt/Gemeinde bis 50.000 EW (40 GB) – Stadt/Gemeinde bis 20.000 EW (30 GB) – Stadt/Gemeinde bis 10.000 EW (20 GB) – Stadt/Gemeinde bis 5.000 EW (10 GB)	14.300 8.700 6.000 4.000 2.260
4	Zusatzpaket Speicher – 25 GB – 100 GB – 500 GB – 1.000 GB	120 478 2.388 4.776
5	Einrichtungspauschale je Erweiterung Archivspeicher	53 (einmalig)

¹ In Klammern: in den Kosten enthaltene Grundkapazität des Archivspeichers in GB (Gigabyte)

Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) über die Benutzung des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs (Benutzungssatzung elKA)

Vom 26. April 2021

Auf Grundlage des § 4 Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit § 3 Absatz 3 des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKDG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 128), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 422) geändert worden ist, hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung am 26. April 2021 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Satzung regelt den Betrieb und die Benutzung des elektronischen Kommunalarchivs.

(2) Für das durch das elektronische Kommunalarchiv verarbeitete elektronische Archivgut gelten die nachstehenden Bestimmungen nebst den Festlegungen in der Anlage „Gemeinsame Verantwortlichkeit nach Art. 26 DSGVO“. In dieser Anlage wird geregelt, wer welche Verpflichtung nach der DSGVO erfüllt.

§ 2 Stellung des elektronischen Kommunalarchivs

(1) Die SAKD betreibt das elektronische Kommunalarchiv gemäß § 4 Absatz 5 SAKDG.

(2) Im elektronischen Kommunalarchiv können die kommunalen Träger der Selbstverwaltung, deren Verbände sowie kommunale Stiftungen ihr elektronisches Archivgut archivieren. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung; auf § 13 Absätze 1 und 2 SächsArchivG¹ wird Bezug genommen. Die Verbände sowie kommunale Stiftungen können das elKA ab dem 01.01.2023 benutzen.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) Das elektronische Kommunalarchiv besteht aus der Leitstelle, dem Archivspeicher (einschließlich eines Zwischenspeichers zur Ablage der elektronischen Unterlagen in Vorbereitung der elektronischen Archivierung) und einer OAIS-kompatiblen Archivierungslösung.

(2) Nutzungsberechtigte des elektronischen Kommunalarchivs sind die kommunalen Träger der Selbstverwaltung, deren Verbände sowie kommunale Stiftungen, die das elektronische Kommunalarchiv aufgrund eines Zulassungsbescheides nach § 8 Absatz 1 dieser Satzung für die Archivierung ihres elektronischen Archivgutes verwenden.

(3) Die archivischen Begriffsbestimmungen richten sich nach § 2 SächsArchivG.

§ 4 Aufgaben des elektronischen Kommunalarchivs

(1) Das elektronische Kommunalarchiv hat folgende Aufgaben:

- a. Betrieb,
- b. Administration,
- c. Bestandserhaltung,
- d. Entwicklung von Migrationsszenarien sowie
- e. Support.

Darüber hinaus übernimmt es Tätigkeiten im Prozess der elektronischen Archivierung und schließt den Rechtsakt der Widmung zu öffentlichem Archivgut nach § 8 Abs. 2 S. 1 SächsArchivG ab. Zu den Tätigkeiten der elektronischen Archivierung zählen insbesondere die abschließende Übernahme, Verwahrung und Bestandserhaltung des durch die Nutzungsberechtigten übergebenen Archivgutes.

(2) Das elektronische Kommunalarchiv stellt eine elektronische Archivierungslösung sowie einen Archivspeicher als zentrale Dienste bereit. Den Archiven der Nutzungsberechtigten werden der Zugriff und die Funktionalitäten für die Ablage ihres elektronischen Archivgutes im Rahmen der technischen Möglichkeiten der betriebenen elektronischen Archivierungslösung zur Verfügung gestellt.

(3) Das elektronische Kommunalarchiv ist sowohl Ansprechpartner als auch Koordinierungsstelle für Anliegen der elektronischen Archivierung und gewährleistet, dass die fachlichen und technischen Anforderungen an ein digitales Langzeitarchiv umgesetzt werden. Hierzu wird es die aktuellen Entwicklungen und den aktuellen Stand der Forschung der elektronischen Archivierung beobachten und umsetzen.

(4) Das Eigentumsrecht am elektronischen Archivgut i. S. d. § 13 Absatz 1 Satz 1 SächsArchivG wird von dieser Satzung nicht berührt.

§ 5 Pflichten des Nutzungsberechtigten

(1) Der Nutzungsberechtigte verpflichtet sich, die für die kommunalen Archive geltenden Regelungen des SächsArchivG einzuhalten, insbesondere übermittelt er dem elektronischen Kommunalarchiv ausschließlich als archivwürdig bewertete elektronische Unterlagen zur Archivierung.

(2) Der Nutzungsberechtigte schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Übergabe seines elektronischen Archivgutes an das elektronische Kommunalarchiv. Dabei erfolgt die Anbindung an das technische System des elektronischen Kommunalarchivs selbstständig und in eigener Verantwortung. Dies beinhaltet insbesondere die Realisierung der Schnittstellen zu dem vom Nutzungsberechtigten ggf. eingesetzten Archivfachinformationssystem und zu den

¹ Archivgesetz für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198)

jeweiligen Liefersystemen sowie die Einrichtung des Datentransfers zum und über das Kommunale Datennetz (KDN).

(3) Der Nutzungsberechtigte erwirbt die notwendigen Kompetenzen auf dem Gebiet der elektronischen Archivierung allgemein und speziell für die Nutzung der durch das elektronische Kommunalarchiv eingesetzten Software.

(4) Die weitere archivfachliche Bearbeitung des innerhalb seines individuellen digitalen Magazins verwahrten elektronischen Archivgutes wird vom Nutzungsberechtigten selbst verantwortet und eigenständig durchgeführt.

§ 6

Pflichten des elektronischen Kommunalarchivs

(1) Das elektronische Kommunalarchiv gewährleistet gegenüber dem Nutzungsberechtigten neben dessen Verfügbarkeit und Funktion, die sichere und dauerhafte Archivierung des von dem Nutzungsberechtigten dort verwahrten elektronischen Archivgutes und erbringt den technischen Support.

(2) Das elektronische Kommunalarchiv sichert für das technische System eine Verfügbarkeit von 98,5 % im Monatsmittel. Bei Ausfall des Gesamtsystems/Wiederherstellung des Archivspeichers aus vorhandenen Backups gilt eine Wiederherstellungszeit von 2 Wochen und eine Reaktionszeit während der Geschäftszeit von 8 Stunden, bei Ausfall eines Teilsystems/Wiederherstellung des Archivspeichers aus vorhandenen Backups gilt eine Wiederherstellungszeit von 2 Tagen und eine Reaktionszeit während der Geschäftszeiten von 8 Stunden.

(3) Die SAKD bedient sich für den technischen Betrieb des elektronischen Kommunalarchivs eines Dienstleisters. Dieser ist auf dem Gebiet der Informationssicherheit zertifiziert und verfügt für das technische System des elektronischen Kommunalarchivs über ein fortzuschreibendes Informationssicherheitskonzept.

(4) Das elektronische Kommunalarchiv sichert die Eignung des Systems zur Verarbeitung personenbezogener Daten einschließlich personenbezogener Daten der besonderen Kategorie nach DSGVO zu. Enthalten die zu archivierenden elektronische Unterlagen personenbezogene Daten sind die einschlägigen datenschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten.

§ 7

Haftung

(1) Wird die Leistungserbringung nach § 6 durch Betriebsstörungen, die das elektronische Kommunalarchiv nicht zu vertreten hat, insbesondere infolge von Elementarschadensereignissen oder anderen Fällen von höherer Gewalt, vorübergehend ganz oder teilweise gestört oder unmöglich oder treten Mängel oder Schäden auf, so erwächst daraus kein Anspruch auf Schadenersatz. Ein Anspruch auf Ermäßigung oder auf Erlass von Nutzungsgebühren entsteht in keinem Fall.

(2) Im Übrigen ist die Haftung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit begrenzt. Von dieser Begrenzung sind die Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und Ansprüche aus einem etwaigen Amtshaftungsanspruch ausgenommen.

§ 8

Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses

(1) Die Benutzung des elektronischen Kommunalarchivs erfolgt auf Antrag. Das Benutzungsverhältnis beginnt mit der Zulassung des Nutzungsberechtigten durch schriftlichen Bescheid und endet zu dem Zeitpunkt, der in einem Bescheid über die Beendigung des Benutzungsverhältnisses festgestellt wird.

(2) Der Antrag auf Nutzung und das Beenden der Nutzung ist schriftlich zu stellen.

(3) Das Benutzungsverhältnis kann auch ohne Antrag des Nutzungsberechtigten durch Bescheid für beendet erklärt werden, wenn dafür ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem elektronischen Kommunalarchiv unter Berücksichtigung der Gesamtumstände und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Benutzungsverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der Nutzungsberechtigte trotz Aufforderung und Hinweis auf die Möglichkeit der Beendigung des Benutzungsverhältnisses

- a. wiederholt gegen seine Pflichten nach § 5 verstößt;
- b. seiner Verpflichtung zur Zahlung der Nutzungsgebühren wiederholt nicht oder nicht vollständig nachkommt; davon unberührt bleibt die Durchführung des regulären Mahn- und Vollstreckungsverfahrens in entsprechender Anwendung des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes und der Abgabenordnung.

(4) Bei Beendigung des Benutzungsverhältnisses werden dem ausscheidenden Nutzungsberechtigten die archivierten Daten innerhalb eines angemessenen Zeitraums und in den zum Austritt des Zeitpunktes vorliegenden Formaten bereitgestellt. Die daraus resultierenden Kosten, insbesondere des beauftragten IT-Dienstleisters, sind durch den ausscheidenden Nutzungsberechtigten zu tragen.

§ 9

Gebühren

Für die Benutzung des elektronischen Kommunalarchivs werden Gebühren nach der „Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs (Gebührensatzung eKA)“ in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bischofswerda, den 26. April 2021

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
Emanuel
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Anlage 1

zur Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD)
über die Benutzung des sächsischen elektronischen Kommunalarchivs
(elektronisches Kommunalarchiv)

Pflichten der Verantwortlichen gemäß Artikel 26 Absatz 1 S. 1 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

§ 1

(1) Diese Anlage regelt die Rechte und Pflichten der Verantwortlichen (in Folge auch „Parteien“ genannt) bei der gemeinsamen Verarbeitung personenbezogener Daten. Diese Anlage findet auf alle Tätigkeiten Anwendung, bei denen Beschäftigte der Parteien oder durch sie beauftragte Auftragsverarbeiter personenbezogene Daten für die Verantwortlichen verarbeiten. Die Parteien haben die Mittel und Zwecke der nachfolgend näher beschriebenen Verarbeitungstätigkeiten gemeinsam festgelegt.

(2) Bei der elektronischen Archivierung durch das elektronische Kommunalarchiv werden personenbezogene Daten verarbeitet. Je nach Prozessabschnitt erfolgt die Verarbeitung dieser Daten bei dem Nutzungsberechtigten oder bei der SAKD (Leitstelle). Die Parteien legen dabei die Prozessabschnitte fest, in denen personenbezogene Daten in gemeinsamer Verantwortlichkeit verarbeitet werden (Art. 26 DSGVO). Für die übrigen Prozessabschnitte, bei denen keine gemeinsame Festlegung der Zwecke und Mittel einzelner Phasen der Datenverarbeitung besteht, ist jede Partei eigenständiger Verantwortlicher im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO. Soweit die Parteien datenschutzrechtlich gemeinsam Verantwortliche im Sinne von Art. 26 DSGVO sind, gelten die folgenden Festlegungen:

§ 2

(1) Im Rahmen der gemeinsamen Verantwortlichkeit ist der Nutzungsberechtigte für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten innerhalb seiner zu verantwortenden technischen Infrastruktur sowie seinem Zwischen- und Archivspeicher zuständig. Gegenstand der Verarbeitung, deren Rechtsgrundlage Artikel 89 DSGVO i. V. m. § 13 Absatz 2 SächsArchivG² ist, sind die Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 4 Ziffer 1 und Art. 9 DSGVO und nichtpersonenbezogene Daten zu Archivzwecken.

(2) Die SAKD ist im Rahmen der gemeinsamen Verantwortlichkeit für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten aus dem Zwischenspeicher bis zur Ablage im Archivspeicher des Nutzungsberechtigten sowie für die Bestandserhaltung zuständig. Die SAKD ist darüber hinaus verantwortlich für den Betrieb der Archivierungslösung sowie für die Bereitstellung der zugehörigen Speicher. Gegenstand der Verarbeitung, deren Rechtsgrundlage Artikel 89 DSGVO i. V. m. § 13 Absatz 1 SächsArchivG ist, sind die Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 4 Ziffer 1 und Art. 9 DSGVO und nichtpersonenbezogene Daten zu Archivzwecken.

§ 3

Jede Partei gewährleistet die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Rechtmäßigkeit der durch sie auch im Rahmen der gemeinsamen Verantwortlichkeit durchgeführten Datenverarbeitungen. Die Parteien ergreifen alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit die Rechte der betroffenen Personen, insbesondere nach den Art. 12 bis 22 DSGVO, innerhalb der gesetzlichen Fristen jederzeit gewährleistet werden können bzw. sind.

§ 4

Der Nutzungsberechtigte verpflichtet sich, der betroffenen Person die gemäß Art. 13 und 14 DSGVO erforderlichen Informationen in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Parteien sind sich einig, dass die SAKD die Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten aus ihrem Wirkbereich dem Nutzungsberechtigten bereitstellt.

§ 5

Betroffene Personen können die ihnen aus Art. 15 bis 22 DSGVO zustehenden Rechte gegenüber dem Nutzungsberechtigten geltend machen.

§ 6

(1) Der Nutzungsberechtigte verpflichtet sich, der Auskunftspflicht gemäß Art. 15 DSGVO nachzukommen.

(2) Die SAKD verpflichtet sich alles Erforderliche zu unternehmen, damit der Nutzungsberechtigte den betroffenen Personen die ihnen gemäß Art. 15 DSGVO zustehenden Auskünfte auf Nachfrage zur Verfügung stellen kann. Die Parteien stellen sich bei Bedarf die erforderlichen Informationen aus ihrem jeweiligen Wirkbereich gegenseitig zur Verfügung. Die hierfür zuständigen konkreten Ansprechpartner der Parteien werden von beiden Parteien zeitnah benannt. Ein Wechsel des jeweiligen Ansprechpartners ist der anderen Partei unverzüglich mitzuteilen.

§ 7

Soweit sich eine betroffene Person an den Nutzungsberechtigten in Wahrnehmung ihrer Betroffenenrechte wendet, verpflichtet sich dieser, dieses Ersuchen unverzüglich an die SAKD weiterzuleiten, unabhängig von der Pflicht zur Gewährleistung des Betroffenenrechtes. Die SAKD ist verpflichtet, dem Nutzungsberechtigten die zur Auskunftserteilung notwendigen Informationen aus ihrem Wirkbereich unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

² Archivgesetz für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198)

§ 8

Die Parteien informieren sich gegenseitig unverzüglich und vollständig, wenn sie bei der Prüfung der Verarbeitungstätigkeiten oder der Verarbeitungsergebnisse Fehler oder Unregelmäßigkeiten hinsichtlich datenschutzrechtlicher Bestimmungen feststellen.

§ 9

Der Nutzungsberechtigte verpflichtet sich, den wesentlichen Inhalt dieser Anlage über die gemeinsame datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit den betroffenen Personen zur Verfügung zu stellen (Art. 26 Abs. 2 DSGVO).

§ 10

Beiden Parteien obliegen die aus Art. 33 und 34 DSGVO resultierenden Melde- und Benachrichtigungspflichten gegenüber der Aufsichtsbehörde und den von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Personen für ihren jeweiligen Wirkbereich. Die Parteien informieren sich unverzüglich gegenseitig über die Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde und leiten sich die zur Durchführung der Meldung erforderlichen Informationen jeweils unverzüglich zu.

§ 11

Ist eine Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Art. 35 DSGVO erforderlich, unterstützen sich die Parteien gegenseitig.

§ 12

Dokumentationen im Sinne von Art. 5 Abs. 2 DSGVO, die dem Nachweis der ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, werden durch jede Partei entsprechend den rechtlichen Befugnissen und Verpflichtungen über das Nutzungsende hinaus aufbewahrt.

§ 13

(1) Die Parteien stellen innerhalb ihres Wirkbereiches sicher, dass alle mit der Datenverarbeitung befassten Mitarbeitenden die Vertraulichkeit der Daten gemäß den Artikeln 28 Abs. 3, 29 und 32 DSGVO für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses wahren und dass diese vor Aufnahme ihrer Tätigkeit entsprechend auf das Datengeheimnis verpflichtet sowie in die für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz eingewiesen werden.

(2) Die Parteien haben eigenständig dafür Sorge zu tragen, dass sie sämtliche in Bezug auf die Daten bestehenden gesetzlichen Regelungen einhalten. Sie haben hierzu angemessene Datensicherheitsvorkehrungen (Art. 32 ff. DSGVO)

zu treffen. Dies gilt auch im Falle der Beendigung der Zusammenarbeit.

(3) Die Implementierung, Voreinstellung und der Betrieb der Systeme sind unter Beachtung der Vorgaben der DSGVO und anderer Regelungswerke, insbesondere unter Beachtung der Grundsätze des Datenschutzes durch Design und datenschutzfreundliche Voreinstellungen sowie unter Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen durchzuführen.

(4) Die im Zuge der Abwicklung der Leistungen von der SAKD zu verarbeitenden personenbezogenen Daten werden in einem Rechenzentrum auf besonders geschützten Servern gespeichert.

§ 14

(1) Die SAKD wird sich eines Auftragsverarbeiters im Sinne von Artikel 28 DSGVO bedienen. Die SAKD verpflichtet sich, mit diesem jeweils einen Vertrag nach Art. 28 DSGVO im Hinblick auf die Verarbeitung der von ihnen zu verantwortenden personenbezogenen Daten abzuschließen.

(2) Die Parteien informieren sich rechtzeitig gegenseitig über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung oder Ersetzung von als Subunternehmern eingesetzten Auftragsverarbeitern und beauftragen nur solche Subunternehmer, die die Anforderungen des Datenschutzrechts und die Festlegungen dieser Anlage erfüllen. Nicht als Leistungen von Subunternehmern im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die die Parteien bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nehmen, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen und Wartungen. Die Parteien sind jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der personenbezogenen Daten auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(3) Es werden nur Auftragsverarbeiter in Zusammenhang mit diesem Nutzungsverhältnis eingesetzt, die der gesetzlichen Pflicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten unterliegen.

§ 15

Die Parteien nehmen die Verarbeitungstätigkeiten in das Verarbeitungsverzeichnis nach Art. 30 Abs. 1 DSGVO auf, auch und insbesondere mit einem Vermerk zur Natur des Verarbeitungsverfahrens in gemeinsamer oder alleiniger Verantwortung.

§ 16

Die Rechtsansprüche Betroffener nach §§ 3, 6 und 7 dieser Anlage können nach Art. 89 Abs. 3 DSGVO i. V. m. SächsArchivG eingeschränkt sein.

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

24. Juni 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 